

# GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK DER EU

Seit dem Vertrag von Maastricht im Jahre 1993 ist die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) integraler Bestandteil der Europäischen Union und damit ein relativ junges Politikfeld. Aktuelle Krisen, wie die Flüchtlingsströme nach Europa oder der Ukraine-Konflikt, zeigen wie wichtig ein gemeinsames Vorgehen der EU ist, um Krisen schnell und nachhaltig zu begegnen. Die Uneinigkeit während des Irak-Kriegs oder dem Eingreifen in den libyschen Bürgerkrieg zeigen, dass es noch ein weiter Weg ist, um das Ziel einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik zu erreichen.

## Richtlinien und Prinzipien der GASP

Die Außen- und Sicherheitspolitik der EU ist die Domäne der nationalen Regierungen. Sie nehmen durch den Europäischen Rat und den Rat der Europäischen Union erheblichen Einfluss auf die Interessen und Ziele dieses Politikfelds. Die GASP ist also zum größten Teil zwischenstaatlich dominiert, erhält jedoch auch immer mehr supranationale Elemente, wie etwa den Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik oder den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD). Sie unterliegt Richtlinien und Prinzipien, die in den Artikeln 21 bis 46 des EU-Vertrags (EUV) festgeschrieben sind.

„Die Union lässt sich bei ihrem Handeln auf internationaler Ebene von den Grundsätzen leiten, die für ihre eigene Entstehung, Entwicklung und Erweiterung maßgebend waren und denen sie auch weltweit zu stärkerer Geltung verhelfen will: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die universelle Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Achtung der Menschenwürde, der Grundsatz der Gleichheit und der Grundsatz der Solidarität sowie die Achtung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts (Artikel 21 EUV).“

Die GASP unterliegt in der Regel dem Einstimmigkeitsprinzip. Das bedeutet, dass alle 28 Mitgliedsstaaten einem Beschluss zustimmen müssen. In Einzelfällen sieht der EU-Vertrag allerdings auch Mehrheitsentscheidungen vor. Aus diesem Grund stehen die Mitgliedsstaaten in einem ständigen Informations- und Meinungsaustausch, um die Entscheidungsfindung zu beschleunigen. Des Weiteren ist die EU seit dem Vertrag von Lissabon als Völkerrechtssubjekt befugt, völkerrechtliche Verträge mit Drittstaaten und internationalen Organisationen zu schließen.

Nach: Bundeszentrale für politische Bildung: Europäische Union: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 279/2015, Bonn, S. 64-68

**Einzelarbeit/Plenum:** Benennen und beschreiben Sie die wichtigsten Akteure und Prinzipien der GASP. Erstellen Sie im Anschluss gemeinsam ein Schaubild.

## Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ist ein Bestandteil der GASP und umfasst zivile, militärische und polizeiliche Maßnahmen zur Durchsetzung der in Artikel 21 EUV beschriebenen Zielsetzungen. Die Grundlagen der GSVP sind in Artikel 42-46 des EU-Vertrags festgeschrieben. Auf der Grundlage dieser Bestimmungen zur GSVP führt die Europäische Union zahlreiche Operationen zur Friedenssicherung, Konfliktverhütung und Stärkung der internationalen Sicherheit durch. Zivile Maßnahmen stehen dabei im Vordergrund. Militärische Maßnahmen werden nicht ausgeschlossen, aber als letztes Mittel angesehen. Der Schwerpunkt der Operationen liegt in Osteuropa, dem Nahen und Mittleren Osten sowie Afrika. Aktuell führt die EU 17 Missionen durch. Die größte zivile Operation der EU ist die EULEX im Kosovo. Dabei handelt es sich um eine Rechtsstaatlichkeitsmission zum Aufbau von Polizei, Justiz und Verwaltung. EULEX verfügt über rund 2.100 Polizisten, Richter, Gefängnisaufseher und Zollbeamte, von denen etwa die Hälfte aus EU-Staaten kommt und die andere Hälfte aus dem Kosovo selbst. Deutschland beteiligt sich mit durchschnittlich 140 Polizeikräften an der Mission. Die völkerrechtliche Befugnis leitet sich aus der Resolution 1244 des VN-Sicherheitsrates ab. Militärisch abgesichert wird die Mission durch eine Zusammenarbeit mit den KFOR-Truppen der NATO.

Nach: Bundeszentrale für politische Bildung: Internationale Sicherheitspolitik: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 326/2015, Bonn, S.63-67. Auswärtiges Amt, Grundlinien der Außenpolitik, in: www.ausaertiges-amt.de

## Wichtige Stationen der GASP



### 1973: Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ)

Informelle, zwischenstaatliche Kooperation der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft (EG), die ein geschlossenes Auftreten in Fragen der internationalen Politik ermöglichen.

### 1986: Einheitliche Europäische Akte

Vertragliche Grundlage für die EPZ, die als Vorläufer der GASP gilt; keine Veränderung in der Art der außenpolitischen Zusammenarbeit.

### 1993: Vertrag von Maastricht

Unterzeichnung des Vertrags über die Europäische Union, auf dessen Basis eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik als zweite Säule neben der EG und der Innen- und Justizpolitik eingeführt wurde; Beschlüsse der GASP werden nun einstimmig getroffen.

### 1999: Vertrag von Amsterdam

Einführung des Amtes des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik; Aufweichung des Einstimmigkeitsprinzips durch Einführung einer „konstruktiven Enthaltung“.

### 2003: Vertrag von Nizza

Ausweitung des qualifizierten Mehrheitsentscheids im Ministerrat; Mehrheitsentscheid gilt nicht für militärische und verteidigungspolitische Bereiche; Einführung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP).

### 2009: Vertrag von Lissabon

Umstrukturierung der GASP; Aufwertung des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik; Einrichtung eines EAD; Umbenennung der ESVP in GSVP; Auflösung des Drei-Säulen-Modells der EU.

Nach: Bundeszentrale für politische Bildung: Europäische Union: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 279/2015, Bonn, S. 64-68. Martin Große Hüttmann/Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Das Europalexikon, 2., aktual. Aufl. Bonn: Dietz 2013.

**Gruppenarbeit/Plenum:** Fassen Sie in Gruppen die Entwicklung der GASP zusammen und stellen Sie die Neuerungen in jeder Station heraus. Was ist das Besondere an der Entwicklung der GASP?

## PRO & KONTRA der GASP

Höhere Bedeutung in der internationalen Politik +++ Uneinigkeit kann zu Handlungsunfähigkeit führen +++ Mächtige EU-Staaten geben in der Außenpolitik die Richtung vor +++ Europäische Union als Vorbild für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit +++ Höhere Sicherheit durch gemeinsame Verteidigungspolitik +++ Langwierige Entscheidungsfindung +++ Höhere Effektivität und Kapazitäten zur Durchsetzung eigener Ziele +++ Stärkeres Gemeinschaftsgefühl innerhalb der Union +++ Verlust nationaler Eigenständigkeit, da Eigeninteresse dem Interesse der Union untergeordnet wird +++ Anspruchsvolle Operationen werden im Alleingang oder von der NATO durchgeführt

Nach: Annegret Bendiek: „Europa braucht eine gemeinsame Außenpolitik“, vom 1. März 2015 in: www.handelsblatt.com. Bernd Oswald: „Störanfällige Außenpolitik“, vom 11. Mai 2010, in: www.sueddeutsche.de

**Partnerarbeit:** Sortieren Sie in Partnerarbeit zunächst die Argumente nach Pro und Kontra und ergänzen Sie die Liste gegebenenfalls. Vergleichen Sie Ihre Ergebnisse im Plenum. Wie bewerten Sie die GASP? Nehmen Sie Stellung.